

Bürgergeld-Rekord: Ausländische Familien überholen deutsche Haushalte!

Der Ausländeranteil bei Bürgergeld-Familien steigt im Juni auf 62,1%. Studie zeigt Migrationstrends und Familienstruktur.

Berlin, Deutschland - In Deutschland erreicht der Ausländeranteil bei Familien, die Bürgergeld beziehen, ein alarmierendes Niveau. Im Juni 2024 verfügten 62,1 Prozent der sozialhilfeempfangenden Bedarfsgemeinschaften mit Kindern über keinen deutschen Pass mehr. Damit markiert diese Zahl ein beispielloses Hoch und verdeutlicht die dramatischen Folgen einer liberalen Migrationspolitik der vergangenen Jahre. Dieses erschreckende Ergebnis basiert auf aktuellen Daten der Bundesagentur für Arbeit und wurde von der **Jungen Freiheit** berichtet.

Die Umkehr der Verhältnisse innerhalb der letzten Jahre ist bemerkenswert. 2010 war die Situation noch genau anders herum: Damals waren 71 Prozent der Sozialhilfeempfänger Familien mit deutscher Staatsangehörigkeit, während 29 Prozent keinen deutschen Pass besaßen. Was früher als Überbrückungshilfe gedacht war, hat sich nun für viele Zuwanderer zu einer dauerhaften Lösung entwickelt. Insbesondere die kinderreichen ausländischen Familien stechen heraus: Die Statistik zeigt, dass 71,3 Prozent dieser Bedarfsgemeinschaften aus drei oder mehr Kindern bestehen. Ein verhängnisvoller Faktor, der die sozialen Ausgaben steigen lässt.

Verborgene Zahlen enthüllt

Doch die Zahlen erzählen noch mehr. Selbst von den Bürgergeldempfängern, die formal die deutsche Staatsbürgerschaft haben, haben etwa ein Drittel einen Migrationshintergrund. Dies bedeutet, dass nur 36,5 Prozent der Empfänger Menschen ohne Migrationshintergrund sind. Insgesamt beziehen derzeit 5,5 Millionen Menschen in Deutschland Bürgergeld, und der Ausländeranteil liegt dabei bei imposanten 48 Prozent. Laut **Kettner Edelmetalle** offenbaren diese Entwicklungen erhebliche Herausforderungen für den deutschen Sozialstaat.

Die Konsequenzen dieses Trends sind nicht von der Hand zu weisen und machen deutlich, dass die deutsche Integrations- und Migrationspolitik einen dringenden Reformbedarf aufweist. Die finanzielle Überlastung der Sozialsysteme könnte drohen, wenn nicht zeitnah Maßnahmen zur Steuerung der Zuwanderung ergriffen werden. Eine migrationseffiziente Steuerung nach wirtschaftlichen Kriterien könnte hierzu einen Ausweg bieten, hätten viele Experten in der Debatte betont.

Dieses grundlegende Bedürfnis nach Reformen der Migrationspolitik wird mehr als je zuvor gesehen, um die Zukunftsfähigkeit des deutschen Sozialstaats zu sichern und den sozialen Frieden im Land zu gewährleisten. Handelt es sich hier um eine ernsthafte Herausforderung oder eine Chance zur positiven Transformation? Diese Frage bleibt offen.

Details	
Vorfall	Information
Ort	Berlin, Deutschland

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de